

Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An historische Orte der Demokratie in Rheinland-Pfalz erinnern und unsere Demokratie gemeinsam weiterentwickeln

Der Landtag stellt fest:

Die Vorgeschichte des heutigen Landes Rheinland-Pfalz ist reich an Orten und Ereignissen, die historisch eng mit der Herausbildung demokratischer Staatsformen verbunden sind. Beispiele dafür sind die Bergzaberner Republik von 1792/93, die Mainzer Republik von 1792/93 sowie das Hambacher Fest im Jahre 1832 oder der Pfälzer Aufstand 1849. Zu nennen ist für die neuere Geschichte darüber hinaus Koblenz als Ort der Rittersturz-Konferenz sowie als Ort für die beratende Landesversammlung für die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz.

An diesen Orten der Demokratie-Geschichte bestehen bereits jetzt zahlreiche Angebote der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Im Rahmen eines übergreifenden landesweiten Konzeptes sollen diese Orte noch stärker in Bezug gesetzt und erfahrbar gemacht werden. Ähnlich der „Straße der Demokratie“, die seit 2007 in Deutschland dieses Konzept verfolgt, sollen die Orte in ihrer historischen Bedeutung vermittelt und damit der Bezug aller Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie gestärkt werden.

Aus der Erfahrung mit diktatorischen Herrschaftsformen in Deutschland ergibt sich die besondere Verantwortung für den Schutz und die Stärkung unserer Demokratie. Der Landtag verurteilt daher auf das Schärfste jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindlichen Tendenzen. Gerade aus der rheinland-pfälzischen Demokratiegeschichte leitet sich die Verpflichtung ab nicht nur an die Vergangenheit zu erinnern, sondern auch für die Zukunft die Demokratie kontinuierlich mit konkreten Maßnahmen weiterzuentwickeln.

Deshalb versteht sich der Landtag Rheinland-Pfalz als offenes Haus der Demokratie und lädt Besucherinnen und Besucher sowie Schulklassen dazu ein, parlamentarische Arbeit vor Ort mitzuerleben. Die Sitzungen des Landtags werden im Internet übertragen, seine Dokumente sind online frei verfügbar und durch eine Bürgerplattform sollen zukünftig Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden, noch stärker an politischen Prozessen des Landtags zu partizipieren.

In der vergangenen Wahlperiode hat der Landtag Rheinland-Pfalz inhaltlich im Rahmen einer Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung über die nötigen Schritte zur Weiterentwicklung der Demokratie diskutiert und Empfehlungen ausgesprochen. Wichtige Schritte sind dabei die Stärkung der staatlichen Transparenz und der politischen Bildung, die Ausweitung des Wahlrechts sowie die Absenkungen von Hürden für direkte Demokratie auf kommunaler und auf Landesebene. Diesen vorgeschlagenen Maßnahmen der Enquete-Kommission sieht sich der Landtag weiterhin verpflichtet.

Als demokratisches Grundrecht kommt dem Wahlrecht und dessen Weiterentwicklung besondere Bedeutung zu. Um die Demokratie auch in Zukunft zu stärken, sind neben der Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren weitere Schritte anzustreben, um derzeit vom Wahlrecht ausgeschlossenen Menschen eine Teilhabe am demokratischen Willensbildungsprozess zu ermöglichen. Wir wollen das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen. Auch sollen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger das Wahlrecht bei Landtagswahlen erhalten. Damit stärken wir unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auch in Zukunft.

Darüber hinaus bedarf es des weiteren Ausbaus von Jugendbeteiligung. Durch die Jugendstrategie des Landes werden daher kommunale Jugendbeteiligungsprojekte unterstützt. Darüber hinaus finden demokratiepädagogische Angebote in Kitas und Schulen statt. So können sich schon Kinder und Jugendliche für ihre Anliegen einsetzen.

Demokratie lebt vom Einsatz und dem Engagement von vielen ehrenamtlich tätigen Menschen. Dem vielfältigen überdurchschnittlichen Einsatz der Menschen vor Ort, beispielsweise in kommunalen Räten und Initiativen vor Ort, gelten unsere Unterstützung und unser Dank.

Der Landtag begrüßt:

- die Verankerung der politischen Bildung auf allen Ebenen in Rheinland-Pfalz, insbesondere im Hinblick auf die Erinnerung an wichtige Orte der Demokratiegeschichte;
- die vielfältige Arbeit von Kitas und Schulen sowie der außerschulischen Jugendarbeit in Bezug auf die Demokratieerziehung;
- die Unterstützung von kommunalen Jugendbeteiligungsprojekten;
- die Absenkung der Hürden für direkte Demokratie auf kommunaler Ebene sowie die Stärkung von konsultativer Bürgerbeteiligung auf kommunaler und Landesebene;
- das vielfältige Engagement der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer für Demokratie;
- die Umsetzung des Landestransparenzgesetzes sowie den Kulturwandel innerhalb der öffentlichen Verwaltung hin zu mehr staatlicher Transparenz;
- die vielfältigen demokratiepädagogischen Initiativen des Präsidenten des Landtags und der Landesregierung unter Einbeziehung vieler schulischer und außerschulischer Partnerinnen und Partner;
- die Arbeit des Landes-Demokratiezentrums und des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung weiterhin für das Erinnern an unsere Demokratiegeschichte zu unterstützen;
- die Kitas und Schulen bei der Demokratieerziehung und die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler weiter zu stärken;
- weiterhin die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen inner- und außerschulisch zu unterstützen;
- eine Bundratsinitiative im Hinblick auf das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige bei Kommunalwahlen und EU-Bürgerinnen und EU-Bürger bei Landtagswahlen auf den Weg zu bringen;
- die Empfehlungen der Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung umzusetzen und sich für die Absenkung der Hürden für direkte Demokratie einzusetzen;
- die staatliche Transparenz auf kommunaler und Landesebene weiter auszubauen und Initiativen für mehr Transparenz als wichtigen Baustein zur Weiterentwicklung unserer Demokratie zu verstehen;
- konsultative Formen der Bürgerbeteiligung auch bei Vorhaben der Landesregierung umzusetzen und kontinuierlich qualitativ weiterzuentwickeln;
- ein eigenes Programm zur Stärkung der wichtigen Erinnerungsorte der Demokratie in Rheinland-Pfalz analog der „Straße für die Demokratie“ zu prüfen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer